



Nachhaltige Entwicklung weiterdenken

www.csp-pcs.ch

Sommer 2010

Christlich-soziale Partei der Schweiz (CSP Schweiz)

Präsidentin: Monika Bloch Süss, Bruneggweg 4, 8002 Zürich, Tel. 044 201 19 41,
Fax 044 201 21 14, e-mail: bloch@csp-pcs.ch
Zentralsekretariat: Marlies Schafer-Jungo, Eichenstrasse 79, 3184 Wünnewil,
Tel. 026 496 30 74, e-mail: info@csp-pcs.ch

Nachhaltige Entwicklung

Was ist das?

Nachhaltige Entwicklung verlangt, dass die heute lebenden Menschen ihre Bedürfnisse decken können, ohne den in Zukunft lebenden Menschen die Möglichkeit einzuschränken, ihre eigenen Bedürfnisse zu decken.

Zentral sind dabei:

- Die Deckung der Bedürfnisse, besonders die Grundbedürfnisse der in Armut lebenden Menschen.
- Die Idee der Begrenztheit. Die Fähigkeit der Umwelt, Ressourcen zur Verfügung zu stellen und entstehende Abfälle und Emissionen aufzunehmen, ist nicht unbegrenzt.

So definierte die Weltkommission für Umwelt und Entwicklung («Brundtland-Kommission») im Jahr 1987 die Nachhaltige Entwicklung.

Nachhaltigkeit – keine freiwillige Aufgabe

Für Bund und Kantone ist eine nachhaltige Entwicklung keine freiwillige Aufgabe. In Art. 73 (Nachhaltigkeit) der Bundesverfassung von 1999 werden Bund und Kantone verpflichtet, «ein auf Dauer ausgewogenes Verhältnis zwischen der Natur und ihrer Erneuerungsfähigkeit einerseits und ihrer Beanspruchung durch den Menschen andererseits anzustreben». Ausserdem hat sich die Schweiz 1992 in Rio de Janeiro zur Agenda 21 und damit zur Nachhaltigkeit verpflichtet.

Seit 1998 ist die nachhaltige Entwicklung explizit ein übergeordnetes Ziel der gesamtschweizerischen Politik. Sie stützt sich auf das Nachhaltigkeitsverständnis der Brundtland-Kommission sowie auf das Drei-Dimensionen-Konzept der «Erklärung von Rio zu Umwelt und Entwicklung» der Vereinten Nationen von 1992.

Das Drei-Dimensionen-Konzept

Die komplexen Herausforderungen, die Bedürfnisse aller Menschen zu decken, die wirtschaftliche Entwicklung zu gewährleisten und gleichzeitig Gerechtigkeitsaspekte und die Grenzen der Belastbarkeit der natürlichen Umwelt zu berücksichtigen, wird mit dem Drei-Dimensionen-Konzept der Nachhaltigen Entwicklung dargestellt.

Danach verfolgt die Nachhaltige Entwicklung drei Zieldimensionen:

- Wirtschaftliche Leistungsfähigkeit
- Gesellschaftliche Solidarität
- Ökologische Verantwortung

Diese Ziele sind miteinander verknüpft und können nicht isoliert betrachtet werden. Nachhaltige Entwicklung strebt nach Optimierungen, transparenten Abwägungsprozessen und nach möglichst zukunftsbeständigen Lösungen.

Das theoretische Modell und seine Schnittstellen

Mit diesem Papier wollen wir uns mit den drei Kreisen der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit, der ökologischen Verantwortung und der gesellschaftlichen Solidarität und vor allem mit ihren Schnittstellen und den Indikatoren auseinandersetzen. Und für uns von der CSP, die wir die gemeinschaftliche Solidarität als Kerngrundlage unseres politischen Handelns haben, sehen wir

die Schnittstellen in Themen wie Arbeitslosigkeit, Vereinbarkeit von Familie und Beruf, in den Grenzen und der Verteilung des materiellen Wohlstandes und in der internationalen Solidarität.



Balance und Interessenskonflikte

Wir müssen uns mit der Balance in diesem äusserst komplexen System befassen und mit dem Gedanken, dass es nicht möglich sein wird, alle Dimensionen in diesem Kreismodell zu maximieren. Zielkonflikte treten besonders im Spannungsfeld zwischen Wachstum, Ressourcenschonung und Verteilungsgerechtigkeit auf. Wo setzen wir als christlich-soziale Partei die Schwerpunkte bei diesen Zielkonflikten? Diese sorgfältige Abwägung der verschiedenen Ziele und Interessen, das wird Teil des gesellschaftlichen aber auch des christlich-sozialen politischen Aushandlungsprozesses sein.

Umdenken – Nachhaltigkeit betrifft uns

Das Umdenken beginnt auf zwei Ebenen. Einerseits werden wir unser Denken noch auf eine weitere, eine vierte Dimension – das demokratische Gefüge, die Politik – ausweiten und mit den Ideen zu möglichen Vorstössen im Anhang Nachhaltigkeit konkret in unser tägliches politisches Geschehen aufnehmen. Andererseits kommen wir nicht darum herum uns zu fragen, wo wir die Abstriche machen. Eine 2000 Watt Gesellschaft wie sie die Stadt Zürich als Ziel hat, bedeutet ein kluges Haushalten mit den zugeteilten Ressourcen. Flugreise oder Pendeln zum Arbeitsort, regionale Produkte oder exotische Früchte, Gemüse und Blumen, Wohnen und Arbeiten bei 20 Grad Raumtemperatur, Fernseher und Kaffeemaschine, Kopierer und Computer auf Stand-by – wir haben die Wahl, aber wir müssen uns entscheiden. Alles ist nicht mehr möglich.

Gleichzeitig müssen wir uns mit dem Gedanken vertraut machen, dass ein stetiges Wachstum nicht mehr oder nur noch sehr beschränkt möglich ist. Wir sind uns gewöhnt, dass wir Wachstum und die damit verbundenen Wachstumsraten positiv beurteilen. In vielen Bereichen sind aber neue Wachstumsraten nur noch mit grossem ökologischem Aufwand möglich und daher nicht mehr sinnvoll.

Die christliche Sozialethik – unsere Basis

Mit den sieben Prinzipien der christlichen Sozialethik (Personalitätsprinzip, Selbstverantwortung, Subsidiaritätsprinzip, Solidarität, Demokratie, Gemeinwohl, Sozialpartnerschaft) haben wir für alle Bereiche einen Wegweiser, der für unseren politischen Dialog als Basis gilt. Hier sind unsere Werte, unsere Ethik sichtbar.

Nachhaltige Entwicklung in Kürze - Schlüsselindikatoren zeigen den Fortschritt

Als Informationsgrundlage für eine breite Öffentlichkeit und politische Akteure hat der Bund ein Indikatorsystem geschaffen, mit welchem die Fortschritte bezüglich nachhaltiger Entwicklung gemessen und bewertet werden können. Dieses System MONET (für Monitoring der nachhaltigen Entwicklung) gruppiert diverse Indikatoren zu Schlüsselindikatoren bzw. -aussagen, welche wie folgt bewertet werden:

Positiv (in Richtung Nachhaltigkeit)
Neutral
Negativ (weg von der Nachhaltigkeit)

Die CSP Schweiz orientiert sich in diesem Grundlagenpapier an den Bewertungen von Monet. Zu den Negativen Punkten stellt die CSP Forderungen für eine Verbesserung auf.

Zu den einzelnen Bereichen

1. Bereich Lebensbedingungen

Der Grundsatz der Nachhaltigen Entwicklung besagt, dass jedes Mitglied der Gesellschaft das Recht auf ein menschenwürdiges Leben hat. Deshalb sollen die Grundbedürfnisse, beispielsweise Sicherheit und Wohnen, befriedigt werden. Aber auch der Deckung der darüber hinausgehenden materiellen und immateriellen Bedürfnisse wie Zufriedenheit und Glück soll Spielraum eingeräumt werden.

Geldüberweisungen von Migrant/innen in ihre Herkunftsländer nehmen zu und können dort zur Verbesserung der Lebensbedingungen beitragen.
Die Suizidrate hat in den letzten 20 Jahren abgenommen.
Die Armutsquote schwankt zwischen 7 und 9 Prozent.
Das Haushalteinkommen bleibt auf dem gleichen Niveau.
Wenigverdienende müssen anteilmässig mehr für das Wohnen ausgeben.
Der Anteil Personen mit einem hohen Zufriedenheitsgrad nimmt ab.
Die Anzahl der Gewaltdelikte nimmt zu.

Die Positionen der CSP zu den roten Bereichen

Lebensqualität / Lebenszufriedenheit und zur Sicherheit im öffentlichen Raum

Soziale Sicherheit: Die Forderungen der CSP nach Chancengleichheit und der sozialen Gerechtigkeit wollen, dass alle Personen die Möglichkeit haben sollten, ein selbstbestimmtes Leben zu führen. Die sozialen Unterstützungsleistungen haben genau das zum Ziel. Um die Postulate der Chancengleichheit und der sozialen Gerechtigkeit zu erfüllen, sind existenzsichernde Renten / Sozialhilfen und Ergänzungsleistungen zwingend nötig.

Sicherheit im öffentlichen Raum: In jeder Gesellschaft war und ist die physische Sicherheit, beziehungsweise das Gefühl der Sicherheit, ein zentraler Bestandteil von Lebensqualität. Eine zunehmende Kriminalität und ein abnehmendes Sicherheitsgefühl wären deshalb ein Zeichen einer nicht nachhaltigen gesellschaftlichen Entwicklung. Eine absolute Sicherheit wird es nie geben. Eine grösstmögliche Sicherheit entsteht durch das gemeinsame Engagement aller Verantwortlichen und Betroffenen. Eine gut ausgebildete, ausreichend ausgerüstete, bürgernahe und bürgerfreundliche Polizei kann die Aufgaben im öffentlichen Raum wahrnehmen.

2. Bereich Gesundheit

Der Gesundheitszustand beeinflusst in hohem Masse die Lebensqualität der Menschen und ist ein wichtiger Faktor für die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit. In der Nachhaltigen Entwicklung geniessen der Schutz und die Förderung der Gesundheit deshalb hohe Priorität. Massgebend sind dabei sowohl die physische als auch die psychische Gesundheit.

Die Lebenserwartung in guter Gesundheit steigt bei Frauen und bei Männern.

Das psychische Wohlbefinden der Bevölkerung verbessert sich.

Der Anteil der Personen, die sich mindestens einmal pro Woche körperlich betätigen, dass sie ins Schwitzen kommen, schwankt.

Die Gesundheitsausgaben im Verhältnis zum Bruttoinlandprodukt nehmen zu.

Immer mehr Menschen sind übergewichtig.

Die Positionen der CSP zu den roten Bereichen

Gesundheitsausgaben: Generika und günstigere Medikamente aus Parallelimporten sind eine Möglichkeit, im Gesundheitswesen Kosten zu sparen. Im Krankenversicherungsgesetz müssen Elemente zur Mengensteuerung (Generika, neue Patente, günstigere Medikamente durch Parallelimporte), zur Anzahl Leistungserbringer und zur Eindämmung unnötiger Leistungen (Lifestylemedizin) eingeführt werden. Ein einheitliches, kostengünstiges und transparentes Versicherungssystem ist die Einheitskasse.

Übergewicht: Die im Gesetz vorgeschriebene Anzahl von Sportstunden muss an den Schulen zwingend unterrichtet werden. So lernen Kinder und Jugendliche auf spielerische Art und Weise sich zu bewegen und richtig zu trainieren. Prävention ist eine wichtige Voraussetzung zur Eindämmung von Übergewicht. Günstige kommunale Angebote (Hallenbäder, Lauftreffs, Sportangebote) unterstützen Eigeninitiative und schulische Angebote.

3. Bereich Sozialer Zusammenhalt

Solidarisches Handeln ist eine Grundbedingung für eine funktionierende Gesellschaft. Eine Nachhaltige Entwicklung legt daher besonderes Augenmerk auf die Förderung des sozialen Zusammenhalts und der Partizipation aller sozialen Gruppen und Regionen am wirtschaftlichen, politischen und gesellschaftlichen Leben. Der Grundsatz der Rechts- und Chancengleichheit ist dabei massgebend.

Der Frauenanteil im Nationalrat hat sich in den letzten 20 Jahren verdoppelt.

Der Anteil der 18 – 24 –Jährigen ausländischer Herkunft, die nach der obligatorischen Schule keine Ausbildung absolvieren, nimmt ab.

Die Lesefähigkeit der Jugendlichen bleibt vom sozioökonomischen Hintergrund geprägt.

Die ungleiche Verteilung der Einkommen bleibt.

Ungefähr gleich viele Personen leisten Freiwilligenarbeit.

Die Positionen der CSP

Die Analyse in diesem Bereich ist zu positiv ausgefallen. Der soziale Zusammenhalt der Schweiz ist weniger sicher, als es hier scheint. Die Bereitschaft der Jungen, die Sozialwerke weiterhin mittels Lohnprozenten zu sichern ist tendenziell sinkend. Ähnliche Signale zeigen sich bei den Kosten der Krankenversicherung. Die gesamtgesellschaftliche Solidarität zeigt erste Risse. Im Brennpunkt der Fragen stehen die Finanzierung der Sozialwerke und der Krankenversicherung. Eine solidarische Gesellschaft muss auch in Zukunft die Grundlage unseres Zusammenlebens sein.

4. Bereich Internationale Zusammenarbeit

Die weltweite Armutsbekämpfung und eine global gerecht verteilte Nutzung der Ressourcen sind zentrale Anliegen der Nachhaltigen Entwicklung. Alle Mitglieder der Weltgemeinschaft sollen sich bei der Lösung globaler Probleme beteiligen. Der Welthandel soll sozial gerecht und umweltverträglich sein sowie bei der Bevölkerung anderer Länder keine Verschlechterung der Bedürfnisdeckung bewirken. Das friedliche Zusammenleben der Völker sowie die Achtung der Menschenrechte sollen gefördert werden.

Die Direktinvestitionen der Schweiz in Entwicklungsländern nehmen zu, bleiben aber im Verhältnis zu Investitionen in reichen Ländern niedrig.

Beschlossene multilaterale Abkommen treten vermehrt auch in Kraft.

Die Quote der öffentlichen Entwicklungshilfe nimmt tendenziell zu.

Importe, die zollfrei aus Entwicklungsländern eingeführt werden können, nehmen zu.

Einstellung zur Entwicklungshilfe: Weniger Personen wünschen sich eine Erhöhung der öffentlichen Entwicklungshilfe.

Der Anteil öffentlicher Entwicklungshilfe für arme Länder nimmt ab.

Die Positionen der CSP zu den roten Bereichen

Entwicklungshilfe: Eine Milliarde Menschen lebt in extremer Armut, das heisst, sie müssen mit weniger als einem Dollar pro Tag auskommen. Terroristische Aktivitäten in verschiedenen Ländern der Welt beeinträchtigen auch unser Sicherheitsgefühl. Armut und Perspektivlosigkeit sind der Nährboden in dem Terror und Fundamentalismus ihren Ursprung finden. Unsere Unterstützung für die Armutsländer ist deshalb eine Investition in die eigene Sicherheit. Die Unterstützung des wirtschaftlichen Aufbaus in den Ländern des Südens ist mittelfristig die beste Migrationspolitik. Nur langsam will man in der Schweiz erkennen, dass die Entwicklungszusammenarbeit auch in unserem eigenen Interesse steht.

Seit 2004 setzt die Schweiz durchschnittlich 0,4 % ihres Bruttonationaleinkommens für die Armutsbekämpfung in den Entwicklungs- und Transitionsländern ein. 2007 betrug die öffentliche Entwicklungshilfe der Schweiz rund 2 Milliarden Franken, das sind 0,37 Prozent des Bruttonationaleinkommens. Wir fordern eine verstärkte Entwicklungshilfe für die ärmsten Länder, welche 0,7 % des Bruttonationaleinkommens beträgt.

5. Bereich: Bildung und Kultur

In einer nachhaltigen Entwicklung soll das Humankapital erhalten und entwickelt werden. So soll allen eine ausreichende Grundausbildung wie auch ständige Weiterbildung ermöglicht werden. Zentral sind auch ein ungehinderter Informationsfluss und die Möglichkeit zur freien Meinungsäusserung. Zur Nachhaltigen Entwicklung gehören ebenfalls die Gewährleistung der kulturellen Vielfalt und der Erhalt des soziokulturellen Erbes.

Der Anteil der Jugendlichen, die mindestens grundlegende Leseaufgaben lösen können, nimmt nicht bedeutend zu.

Der Anteil 18 – 24 –Jährigen, die keine Ausbildung nach der obligatorischen Schule machen, schwankt zwischen 6,2 und 10,3 %.

Die Teilnahme an Weiterbildungskursen ist seit 1996 relativ stabil.

Rund 1/5 der Bevölkerung wendet im Alltag mindestens zwei Landessprachen an.

Die Unterschiede bei der Internetnutzung zwischen Wenig- und Vielverdienenden nahm stark zu und bleibt bestehen.

Die Position der CSP zum roten Bereich

Internetnutzung: Internetnutzung ist eine Form von Partizipation am Leben. Informationsbeschaffung, Arbeitssuche, soziale Netzwerke und Einkaufen werden immer mehr über Internet getätigt. Diese Form von Teilnahme am öffentlichen Leben muss allen Menschen, die dies wollen und unabhängig von ihrem Einkommen, offen stehen. Öffentliche und kostengünstige Internetzugangsmöglichkeiten (z.B. in Bibliotheken, Amtshäusern, Jugendzentren, Altersheimen) müssen eingerichtet werden.

6. Bereich Forschung und Technik

Forschung, Entwicklung und Technologie gelten als bedeutende Motoren für die Innovationstätigkeit und die Wettbewerbsfähigkeit einer Gesellschaft. Sie sind daher eine wichtige Voraussetzung für die Erhaltung der ökonomischen Leitungsfähigkeit. Nachhaltige Entwicklung fordert denn auch, dass das Produktiv- und Humankapital erhalten und qualitativ verbessert wird.

Es werden zunehmend Patente angemeldet.

Der Anteil der Ausgebildeten und Beschäftigten in Wissenschaft und Technologie nimmt zu.

Der Anteil der Ausgaben für Forschung und Entwicklung stagniert.

7. Bereich Arbeit

In der Nachhaltigen Entwicklung sollen Menschen, die erwerbstätig sein wollen, ein sinnstiftende Arbeit finden, mit welcher sie ihren Lebensunterhalt bestreiten können. Für eine leistungsfähige Wirtschaft ist ein genügend grosses Angebot an Arbeitskräften Voraussetzung. Auf dem Arbeitsmarkt sollen alle die gleichen Chancen haben und Benachteiligte integriert werden.

Die Erwerbslosenquote schwankt und steigt im Juni 2009 auf 3,7% (höchster Stand 2005: 4,4%)

Die Löhne der Männer und Frauen gleichen sich nur sehr zögerlich an.

Der Anteil der in Armut lebender Personen, welche einer bezahlten Arbeit nachgehen (Working-poor) schwankt zwischen 4 und 5 Prozent.

Der Anteil Frauen mit leitender Funktion bleibt seit 1997 unverändert rund 20 Prozentpunkte tiefer als bei den Männern.

Der Anteil der Jugendlichen ohne Arbeit nimmt zu.

Die Position der CSP zum roten Bereich

Jugendarbeitslosigkeit: Ein erfolgreicher Berufseinstieg nach dem Schul- oder Lehrabschluss ist entscheidend für das Leben eines jungen Menschen. Wenn die berufliche Perspektive fehlt, ist die gesellschaftliche und berufliche Integration der Jugendlichen ernsthaft gefährdet. Die zunehmende Zahl an jungen Menschen, die nach dem Lehrabschluss keine Arbeit haben, stellt für die gesamte Gesellschaft eine Herausforderung dar. Wir stehen in der Pflicht, allen jungen Frauen und Männern auf dem Arbeitsmarkt eine Perspektive zu bieten. Wer Arbeit hat, kann sich weiterentwickeln, seine Persönlichkeit festigen, Träume verwirklichen und eine eigene Existenz aufbauen und so die Grundlage für ein eigenständiges und erfülltes Leben legen. Wir fordern Betriebe und Dienstabteilungen auf, ihre Lernenden nach Lehrabschluss weiterzubeschäftigen. Bereits eine befristete Weiterbeschäftigung von einem halben oder einem ganzen Jahr kann für die jungen Erwachsenen von entscheidendem Vorteil sein. Bund und Kantone sollen im Rahmen von Informationskampagnen und im Kontakt mit den Sozialpartnern an die Bedeutung der Weiterbeschäftigung im betriebs- und volkswirtschaftlichen Sinn erinnern. Betriebe sollen für junge Erwachsene nach Abschluss ihres Studiums oder ihrer Lehre Praktikumsstellen schaffen und ihnen ermöglichen, die nötige Praxis für eine weitere erfolgreiche Tätigkeit zu erwerben.

8. Bereich: Wirtschaft

Um die Deckung der Grundbedürfnisse der Bevölkerung langfristig sicherzustellen, braucht es eine leistungsfähige Wirtschaft. Dazu gehört die Forderung der Innovations- und Wettbewerbsfähigkeit. Wenn der Marktmechanismus versagt, soll der Staat in erster Linie mit marktwirtschaftlichen Instrumenten korrigierend eingreifen. Für eine Nachhaltige Entwicklung darf die Verschul-

derung der öffentlichen Hand nur soweit gehen, dass sie die Möglichkeiten künftiger Generationen ihre Bedürfnisse zu decken, nicht gefährdet.

Die Produktivität der Arbeit erhöht sich.
Die Einnahmen aus umweltbezogenen Steuern nehmen zu.
Der Investitionsanteil am Bruttoinlandprodukt stagniert.
Die Verschuldung (Kumulierte Bruttoschulden von Bund, Kantonen und Gemeinden im Verhältnis zum Bruttoinlandprodukt) hat zugenommen.
Die Fiskalquote der öffentlichen Hand (Einnahmen aus Steuern und obligatorischen Sozialversicherungsbeiträgen im Verhältnis zum Bruttoinlandprodukt) nimmt zu.

Die Position der CSP zum roten Bereich

Zunahme der Verschuldung / Zunahme der Fiskalquote: Grundsätzlich stellen wir uns auf den Standpunkt, dass der Staat gewisse Aufgaben zu leisten hat und dass sich dabei die Mittel nach den Ausgaben richten müssen und nicht umgekehrt. Bei allen Ausgaben soll das Bedürfnisprimat gelten. Um die Aufgaben zu erfüllen, braucht der Staat Geld: Wir distanzieren uns von Steuersenkungen, welche gut verdienenden oder vermögenden Personen bevorteilen und setzen uns dafür ein, dass Steuergeschenke für Firmen und reiche Bewohnerinnen und Bewohner keine Chance haben, durchgesetzt zu werden.

9. Bereich Produktion und Konsum

Eine leistungsfähige Wirtschaft ist die Voraussetzung dafür, dass die Bedürfnisse der Menschen gedeckt werden können. Produktion und Konsum sollen dabei umweltverträglich und sozial gerecht sein.

Der Anteil am Abfall, der in einen Recyclingprozess fliesst, nimmt zu.
Die Konsument/innen in der Schweiz kaufen zunehmend Bioprodukte.
Der Verkauf von Produkten aus dem fairen Handel schwankt.
Das Verhältnis zwischen Materialaufwand und wirtschaftlicher Wertschöpfung schwankt.
In der Schweiz fällt immer mehr Abfall an.
Der totale Materialaufwand nimmt zu.

Die Position der CSP zu den roten Bereichen

Zunahme des totalen Materialaufwandes: Ein grosser Materialaufwand und viel Abfall entstehen durch immer kürzere Lebenszeiten, schnellerer Wechsel in den Modeströmungen und in der rascheren Entwicklung von Produkten. Wir regen hier die Produktion von Basisprodukten an, welche punkto Herstellungsaufwand, Verbrauch von Ressourcen, Transportwegen einen ausrei-

chenden Standard bei guter Qualität und fairem Preis bieten.

Zunahme des Abfalls: Viel Abfall entsteht durch unnötige Verpackungen. Je teurer das Produkt desto aufwändiger die Verpackung (beispielsweise bei Computer-Software, Parfum, Lebensmittel). Wir verlangen hier Vorschriften des Bundes für Verpackungsmaterialien und -dichte. Im Bereich der Früchte und Gemüse sollen Produkte im Offenverkauf günstiger angeboten werden, als vorverpackte.

10. Bereich Mobilität und Transport

Für eine Nachhaltige Entwicklung braucht es ein Verkehrssystem, welches allen Bevölkerungsgruppen und Landesteilen Zugang zu Mobilität gewährt sowie die für das Funktionieren der Wirtschaft erforderlichen Transporte effizient bewältigt, ohne dabei die natürlichen Lebensgrundlagen zu zerstören und die Grenzen für den Verbrauch nicht erneuerbarer Ressourcen zu übersteigen.

Pro gefahrener Kilometer wird weniger CO ₂ ausgestossen.
Der Anteil des öffentlichen Verkehrs am gesamten Personenverkehr auf Schiene und Strasse nimmt zu.
Der Energieverbrauch im Verkehr schwankt um 10'800 Kilowattstunden pro Person.
Der Anteil des Güterverkehrs auf der Schiene nimmt ab.
Mehr Personen sind durch Verkehrslärm betroffen.

Die Position der CSP zu den roten Bereichen

Abnahme des Güterverkehrs auf der Schiene: Der Güterverkehr muss vermehrt auf die Schiene gebracht werden. Die SBB sind aufgefordert, ein attraktives und gut funktionierendes Angebot in diesem Bereich anzubieten. Gütertransporte auf Lastwagen durch die Schweiz dürfen nicht weiter zunehmen. Grosse Lastwagen mit mehr als 40 Tonnen müssen unser Land umfahren.

Reduktion des Verkehrslärms: Die beste und kostengünstigste Variante ist eine Entschleunigung des Verkehrs. Bei einer Reduktion von Tempo 50 auf Tempo 30 können praktisch alle Grenzwerte eingehalten werden. Zusätzlich verbessert sich die Sicherheit aller Verkehrsteilnehmenden. Zur Lärmdämmung entlang der Eisenbahnlinien und Autobahnen sollen Lärmschutzwände (mit Sonnenkollektoren) aufgestellt werden.

11. Bereich Energie und Klima

Damit die Energieversorgung den Zielen der Nachhaltigen Entwicklung entspricht, ist der Verbrauch nicht erneuerbarer Ressourcen **unter** dem Entwicklungspotenzial von erneuerbaren zu halten. In einer Nachhaltigen Entwicklung gilt es zudem, schwerwiegenden oder irreversiblen Umweltschäden vorzubeugen. Der Ausstoss von Treibhausgasemissionen muss demnach möglichst vermieden werden.

Der Energieverbrauch im Verhältnis zum Bruttoinlandprodukt nimmt ab.
Die CO ₂ -Intensität nimmt ab

Der Anteil an erneuerbaren Energien am Endenergieverbrauch stagniert.

Der Energieverbrauch pro Person bleibt auf dem gleichen Niveau.

Der Ausstoss von Treibhausgasen schwankt um 45 Millionen Tonnen.

12. Bereich natürliche Ressourcen

Der schonende Umgang mit Ressourcen ist für eine Nachhaltige Entwicklung unerlässlich. Die natürlichen Lebensgrundlagen, die biologische Vielfalt und die Qualität der Ökosysteme sollen langfristig erhalten werden. Für das Wohlbefinden der jetzigen und der kommenden Generationen sind fruchtbare Böden, Wasser in guter Qualität und saubere Luft unerlässlich.

Die Feinstaubkonzentration der Luft nimmt ab.

Die Verschmutzung von Schweizer Seen durch Phosphor nimmt ab.

Die ökologische Qualität des Waldes nimmt zu.

Die Anzahl der Ozon-Grenzwertüberschreitungen schwankt.

Der ökologische Fussabdruck pro Person in der Schweiz schwankt auf hohem Niveau.

Die pro Person beanspruchte Siedlungsfläche nimmt zu.

Die Zerschneidung der Landschaft nimmt zu.

Die Position der CSP zu den roten Bereichen

Der ökologische Fussabdruck wird in der Schweiz solange zu hoch bleiben, bis eine Mehrheit der Bevölkerung zur Einsicht gelangt, dass wir über unsere Verhältnisse (bzw. jenen unseres Planeten) leben und unsere Ansprüche umweltverträglicher leben müssen. Der einzige nachhaltige Ansatz ist, das Wachstum und unseren eigenen Verbrauch an Ressourcen zu beschränken.

Und Ihr ökologischer Fussabdruck? Dieser kann hier berechnet werden:

http://www.wwf.ch/de/tun/tipps_fur_den_alltag/footprint_wwf_schweiz

Siedlungsfläche: Die pro Person beanspruchte Siedlungsfläche steht in engem Zusammenhang mit unserem Wohlstand: je reicher eine Gesellschaft, desto grösser der Flächenverbrauch pro Person. Eine Trendwende ist kaum in Sicht. Ein fairer Finanzausgleich zwischen den Zentren und der Peripherie könnte dieser Dynamik entgegenwirken. Um der Zersiedelung in der Schweiz entgegenzuwirken muss verdichtet gebaut werden. Land, welches als Bauland ausserhalb der Kernbauzone ausgeschieden wurde, muss umgezont (Freihaltezone, Landwirtschaftszone) werden. Industriezonen dürfen nur an Verkehrsachsen gebaut werden.

Zerschneidung der Landschaft: Die CSP unterstützt die Landschaftsinitiative, welche sich diesen Sachverhalt aufnimmt und Lösungsvorschläge anbietet.

Konkrete mögliche Vorstösse

Ideen für CSP-MandatsträgerInnen

Grundlagen

- Einführung eines «Rat für Nachhaltige Entwicklung» in der Gemeinde / im Kanton
- Einführung eines Legislatorschwerpunkts «Nachhaltige Stadt / Gemeinde - auf dem Weg zur 2000-Watt-Gesellschaft»

Ökologie

- Photovoltaikanlagen auf Lärmschutzwänden
- 1000 Dächer mit Photovoltaikanlagen
- 200 Millionen für den Bau von Windkraftanlagen
- Umwelttechnologie, Impulsprogramm für die Ansiedlung von Unternehmungen
- Photovoltaikanlagen auf Schrägdächern der öffentlichen Gebäude
- Boulevardgastronomie – Verbot von Heizstrahlern
- Lichtemissionen, Verminderung während der Nacht im Siedlungsraum
- Abgaben aus den Parkkarten - Abgabe für einen Klimafonds
- Wassersparende Durchflussregler - vergünstigte Abgabe
- Road Pricing – Pilotprojekt
- Begrünung von Tramtrassees
- Fahrradverleihsystem, Einführung und Trägerschaft
- Plastiksäcke, deutliche Senkung des Verbrauchs
- Städtische Neubauprojekte – Durchmischung der Mieterschaft und ökologische Standards
- Windenergie – Bau von Windparks
- Verkehrsbetriebe – Umstellung von Auto- auf Trolleybuslinien
- Bio-Diesel – Verzicht auf Förderung und Unterstützung

Gesellschaftliche Solidarität

- Fairer Handel, Bezug von Produkten durch die Stadtverwaltung
- Integrationskurse, kostenloses Angebot für ausländische Wohnbevölkerung
- Integrationspolitik, Motivation von Arbeitgebenden für Deutschkurse

Wirtschaftliche Nachhaltigkeit

- Personalrecht, Chancengleichheit für ausländische Personen
- Städtisches Personal, Förderung ausländischer Mitarbeitender und Lernender
- Stadtverwaltung, Pilotbetrieb für anonyme Stellenbewerbungen für Auszubildende